

Einschreiben in Raum und Zeit. Frauenorte in den Koordinaten der Landesgeschichte.

Vortrag zur Kick-Off-Veranstaltung des Projektes „FrauenOrte in NRW“

Dr. Uta C. Schmidt

Sehr geehrte Damen, liebe Alle,

Ich freue mich sehr, dass Sie eine Historikerin für die Key-Note Ihrer Kick-Off-Veranstaltung eingeladen haben. Denn Geschichte, Geschichtsschreibung, ist nicht etwa ein nostalgischer Blick zurück, sondern ein komplexes Zusammenspiel von Orientierungsbedürfnissen der Gegenwart und Perspektiven auf die Zukunft, die die Befassung mit Vergangenheit anregen. Der FrauenRat mit seinen rund 50 Mitgliedsorganisationen hat in diesem Zusammenspiel von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft nicht nur, aber zentral frauen- und menschenrechtsbezogene Orientierungsbedürfnisse und sucht historische Vergewisserung bei seiner frauenpolitischen Arbeit um gesellschaftliche Sichtbarkeit. Lebenswege, Erfahrungen, Aktivitäten entfalten sich in Raum und Zeit. Sie sind die zentralen landeskundlichen Kategorien. Deshalb zu Beginn ein paar Fakten, wenn wir über Nordrhein-Westfalen und mögliche Frauenorte darin sprechen.

Am 23. August 1946 trat die Verordnung Nr. 46 der britischen Militärbehörde in Kraft. Der Faschismus war seit 15 Monaten besiegt, der Zweite Weltkrieg beendet. Die meisten Städte lagen in Schutt und Asche. Millionen Menschen waren auf der Flucht und wurden vertrieben. Die Verordnung Nr. 46 fasste die ehemalige preußische Rheinprovinz Westfalen und den nördlichen Teil der Rheinprovinz – Nordrhein – einschließlich des Ruhrgebiets zum neuen Land Nordrhein-Westfalen zusammen.

Auch Lippe-Detmold wurde der britischen Besatzungszone zugeordnet. Das kleine Land entschied sich für eine Zugehörigkeit zu Nordrhein-Westfalen. Mit der britischen Verordnung Nr. 77 vom 21. Januar 1947 wurde Lippe in das Land NRW eingliedert. Diese drei Landesteile finden sich als Rhein, Ross und Rose auf dem seit 1948 eingeführten Landeswappen.

NRW umfasst eine Fläche von etwas mehr als 34.000 Quadratkilometern und ist mit 17.9 Millionen Einwohner_innen das bevölkerungsreichste Land der Bundesrepublik. Die größte West-Ost-Ausrichtung beträgt etwa 235 km vom Selfkant bis nach Höxter, die Nord-Süd-Achse umfasst von Hellenthal in der Eifel bis nach Rahden rund 190 Kilometer. Wir haben uns also etwas vorgenommen, wenn wir für dieses Territorium in den Landesgrenzen von 1946/47 Frauenorte markieren und sie in der Kulturlandschaft verorten wollen. Ich spreche von Territorium spreche, denn selbstverständlich haben hier auch bereits Frauen vor der Gründung Nordrhein-Westfalens gewirkt und ihre Spuren hinterlassen – so denke ich sofort an die Essener Fürststäbtisinnen, die sich bis zum Ende des 9. Jahrhunderts zurückverfolgen lassen. Auch sie gilt es ggf., in den Raum einzuschreiben.

Folgend möchte ich fünf Impulse zur Diskussion stellen:

- Keine Geschichte ohne die Berücksichtigung der Lebenserfahrungen von Frauen
- Historisches Frauenbewusstsein als Grundlage für Frauenpolitik
- Demokratie basiert auf Geschlechterdemokratie
- Frauenorte als partizipativer und performativer Prozess
- Kritisch-historische Forschung gegen Heldinnengeschichte

Keine Geschichte ohne die Berücksichtigung der Lebenserfahrungen von Frauen

Das, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, hat sich seit den 1970er Jahren langsam als breite Erkenntnis durchgesetzt. Frauengeschichte lässt sich bis in Mittelalter und Renaissance zurückverfolgen und auch Protagonistinnen der Frauenbewegungen im Kaiserreich haben Frauengeschichten geschrieben, ich denke da an Louise Otto-Peters. Doch gehörten ihre Narrative nicht zum Kanon der Geschichtswissenschaft und der Heimatgeschichte. Erst mit der Geschichtswerkstättenbewegung und der Neuausrichtung der Geschichtsschreibung im Zuge der Demokratisierung der gesamten Gesellschaft seit den 1960er Jahren änderte sich dies. Geschichte sollte nun nicht mehr politische Ereignisgeschichte, Kriege und große Männer exponieren. „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst“, hieß ein Buch zur Landesgeschichte, das 1988 erschien und sich im Kontext dieser neuen Sichtweise als „Einladung zu einer Geschichte des Volkes in NRW“ verstand. Doch entscheidende Impulse zur Erweiterung des Wissens um Frauen in der Geschichte kamen zuerst jenseits akademischer Gepflogenheiten aus lokalgeschichtlichen Projekten. Viele dieser Projekte wurden von den ab 1982 in Nordrhein-Westfalen eingerichteten Frauenbüros gefördert, (mit)finanziert, betreut. Frauenstadtgeschichten und Frauenstadtrundgänge wurden erarbeitet, oft unter dem Dach der Volkshochschulen, seltener in eigenen Frauengeschichtsvereinen wie in Köln. Diese Geschichtsschreibungen bilden bereits eine ganz wichtige Tradition des doing democracy, an die die Frauenorte anknüpfen können. In der historischen Beschäftigung und in der damit verbundenen Kritik am androzentrischen Charakter der Narrative zur eigenen Stadt äußerte sich in den Frauengeschichtsaktivitäten bereits öffentlichkeitswirksam ein politischer Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe bei der Gestaltung von Stadt.

Historisches Frauenbewusstsein als Grundlage für Frauenpolitik

Mir ist bewusst, dass in vielen heutigen Diskursen der Begriff „Frau“ umstritten ist. Er wird seit der Philosophin Judith Butler als Essentialisierung gesehen, um ein identisches Kollektivsubjekt zu identifizieren, das die Politik des Feminismus – die Befreiung der Frau – oder nennen wir es weniger provokant: um Frauenpolitik zu legitimieren. Doch die im FrauenRat zusammengeschlossenen Verbände und Arbeitsgruppen begründen ihre Arbeit gar nicht mit einem identischen Kollektivsubjekt Frau, sondern mit in Zeit und Raum je spezifischen Erfahrungen von Diskriminierung, Marginalisierung, Ausschlüssen und Ausgrenzungen, die Frauen in einer Gesellschaftsordnung machen, die zugleich auch eine hierarchische Geschlechterordnung ist. Sie stellen zudem nicht das Geschlecht allein ins Zentrum ihrer Politik für Frauenbelange, sondern sehen es in einem Geflecht von machtdurchwirkten Differenzkonstruktionen – wenn ich mir zum Beispiel Papiere des Sozialverbandes VDK, der LAG Lesben NRW oder der Landfrauen vornehme. Um diese Vielheit und Vielschichtigkeit mit ihren jeweils eigenen politischen Forderungen präsent zu halten, ist Geschichtsarbeit wichtig: Frauen erfahren die Ungerechtigkeiten und Marginalisierungen jetzt, aktuell, immer wieder neu, ohne Muster und historische Bezüge, ohne Wissen um Kontinuitäten oder Aufbrüche. Um diese Erfahrungen zu politisieren und eine Grundlage für Zusammenschlüsse zu schaffen, gilt es, ein historisches Frauenbewusstsein zu entwickeln, das heißt Geschichtsbilder, Normsetzungen, Mechanismen der Nichtbeachtung zu hinterfragen und Verfahren einer Einschreibung in Landesgeschichte zu entwickeln, zu diskutieren und diese dann sinnfällig zu machen.

Und dies müssen wir selber tun. Weitsichtig schrieb Louise Otto-Peters, eine Pionierin der deutschen Frauenbewegung, gleich in die erste Ausgabe ihrer Frauen-

Zeitung am 21. April 1849: „Die Geschichte der Zeiten, und die heutige ganz besonders, lehrt: daß diejenigen auch vergessen wurden, welche an sich selbst zu denken vergaßen! ... Wohl auf denn, meine Schwestern, vereinigt Euch mit mir, damit wir nicht zurückbleiben, wo Alle und Alles um uns und neben uns vorwärts drängt und kämpft.“ Diese Essenz können wir aus mehreren Gründen als Motto für die Frauenorte setzen. Louise Otto-Peters fordert Frauen auf, sich politisch für ihre Belange einzusetzen. Sie schafft mit ihrem Medium – so wie wir mit den Frauenorten – Sichtbarkeit, d.h. eine Öffentlichkeit. Auch wenn sich die Aufforderung auf politisches Engagement 1849 bezog, so lässt sie sich auch als Motto für eine Frauengeschichte übernehmen, die gegen das Vergessen anschreibt.

Wir leben in einer Zeit zunehmenden Antifeminismus, der sich zusammen mit Antisemitismus und Rassismus artikuliert. Auch Frauenverbände sehen sich Angriffen durch autoritäre, neurechte und menschenfeindliche Bewegungen ausgesetzt. Deshalb hat der deutsche FrauenRat ja eine praxisorientierte Expertise erarbeitet: „Auswirkungen von Antifeminismus auf Frauenverbände. Demokratie-Empowerment als Gegenstrategie“ heißt diese. Gleichstellungsarbeit rückt zunehmend in den Fokus rechter und extrem rechter Gruppen. Verweise auf traditionelle Familienwerte und Frauenbilder werden begleitet von Versuchen, Gleichstellungspolitik als Ideologie hinzustellen und damit außerhalb eines von Vernunft geprägten politischen Diskurses. Geschlechter und Geschlechterhierarchien sind ein zentraler Bestandteil der gesellschaftlichen Ordnung. Sie sind deshalb auch zentraler Bestandteil rechter Gruppen und ihrer Diskurse. Antifeministische und gleichstellungskritische Positionen stellen die Anschlussfähigkeit an konservative und bürgerliche Milieus her. Grundsätzlich geht es darum, gleichstellungs- und frauenpolitische Arbeit zu delegitimieren und Akteur_innen möglichst aus dem politischen Diskurs und der Öffentlichkeit zu verdrängen.

In diesem Kontext ist ein Geschichtsbewusstsein überlebensnotwendig und stärkend, macht es uns doch bewusst, dass es zu allen Zeiten Frauen gegeben hat, die für sich Menschenrechte einforderten, die gesellschaftlich zugeschriebene Frauenbilder und Frauenorte hinter sich ließen und mehr Geschlechterdemokratie wagten. Das Wissen um ihre Arbeit, ihren Kampf – auch um ihre Enttäuschung und ihr Scheitern – schärft den Möglichkeitssinn, dass Dinge nicht so sein müssen, wie sie laufen. Das macht die Inspiration aus Geschichte aus.

Demokratie basiert auf Geschlechterdemokratie

Frauenpolitik ist für mich eine umfassende Bezeichnung für Handeln von Frauen in allen Lebensbereichen. Sie lässt sich nicht in ein privates und öffentliches Tun aufspalten. Sie ist nicht einheitlich oder leitet sich von einer verbindlichen Definition von Feminismus als politischer Handlungstheorie ab. Fraueninteressen sind vielfältig und geraten zwangsläufig in Widerspruch zu anderen gesellschaftlichen Interessen, die immer wieder neu unter sich und auch mit anderen Interessensvertretern ausgehandelt werden müssen. Doch in diesem Prozess des Aushandelns treten zugleich auch verbindende Interessen hervor. Dies wird spätestens dann deutlich, wenn es um die Auswahl von Frauenorten gehen wird.

Seit der Durchsetzung von Artikel 3, Absatz 2 des Grundgesetzes: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Parlamentarischen Rat 1948 durch die politische Tatkraft Elisabeth Selberts und dem Druck einer aktiven frauenpolitischen Öffentlichkeit verbindet sich mit dem Demokratieprojekt Bundesrepublik auch die Realisierung der Geschlechterdemokratie. Übrigens eine Mobilisierung ohnegleichen, die später von Theodor Heuss als „Sturm im Wasserglas“ verniedlicht und diskreditiert wurde. Geschlechterdemokratie zielt auf soziale Verhältnisse, in denen die Gleichheit der Geschlechter in allen Lebensbereichen zum Ausdruck kommt. Es ist

viel geschehen, es gab Erfolge, Aufbrüche, Rückschläge und Zeiten der Ernüchterung, all dies erlebt und erfahren von politisch handelnden und denkenden Frauen.

Doch will ich den Blick konkret auf die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum lenken, die zu einer geschlechterdemokratischen Gestaltung unseres Landes unbedingt dazugehört. Die Benennungen von Straßennamen nehmen das Thema der Sichtbarkeit, wie es FrauenOrte NRW in ihrem Konzept versteht, vorweg. In Dortmund hat das Gleichstellungsbüro kürzlich eine Liste mit 30 weiblichen Persönlichkeiten erarbeiten lassen, die als Vorschläge vorliegen, wenn es beim nächsten Mal um die Benennung oder Umbenennung von Straßen geht.

Die Praxis der Straßenbenennung als Einschreibung in den öffentlichen Raum wirft Fragen nach den Konstruktionsweisen kultureller Erinnerung auf. Straßennamen bezeichnen öffentliche Verkehrswege, Wege, die überquert, an denen gewohnt, gespielt, geliebt, gelebt, gekämpft, geparkt wird. Nirgendwo kann man das Konzept einer „Universalgeschichte“ besser erfahren als mit dem Stadtplan in der Hand. Zu Kaiser, Königen, Freiherren, Admirälen, Regierungspräsidenten, Dichtern, Denkern und Musikern kommen in einer Industriestadt wie Dortmund Großindustrielle, Verwaltungseliten, Bergräte, Politiker. Öffentlichem wie akademischem Interesse am Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist es zu verdanken, dass seit den 1990er-Jahren Straßen den Namen verfolgter Männer und Frauen tragen. In Dortmund hat zur Jahrtausendwende eine Untersuchung gezeigt: Es gibt rund 3 500 Straßen, ca. 1 000 sind nach Männern benannt. Nur rund 100 haben mit Frauenleben zu tun oder sind nach Frauen benannt. Doch nur 40 haben historische Frauenpersönlichkeiten im Titel, davon wiederum sind nur die Hälfte Dortmunderinnen. Diese Verhältnisse machen deutlich, dass die Leistungen von Frauen – auch für die eigene Stadt - bisher nicht geschlechterdemokratisch gesehen wurden. In Dortmund waren es die Frauenbewegungen und Geschichtswerkstätten seit den 1980er

Jahren, die im Lebensumfeld nach historischen Persönlichkeiten forschten. Sie erschlossen sich damit den öffentlichen Raum und schufen Sichtbarkeit. Frauengeschichte in Form von Tafeln, Kunst im öffentlichen Raum, Gebäude- und Straßennamen sowie Platzbenennungen wie jüngst in Gelsenkirchen, als der Platz der Heinze-Frauen eingeweiht wurde, sind ein konkreter Beitrag zu Geschlechterdemokratie. Der Platz der Heinze-Frauen hält nun den Rechtsstreit um gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei den Gelsenkirchener Fotobetrieben Heinze wach, der am 9. September 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel gewonnen wurde.

Frauenorte als partizipativer und performativer Prozess

Das Projekt Frauenorte stellt vor Ort Öffentlichkeit her – als Frauenverbände, als geschichtskulturelle Interessierte Menschen. Bis es zur Aufstellung einer Erinnerungsstele kommt, gibt es viel geschichtskulturelle Arbeit zu initiieren. Doch diese ist bereits ein „notwendiger Schritt zur Demokratisierung des öffentlichen Umgangs mit Geschichte.“¹ Es geht darum, ein kollektives Gedächtnis zum Raum/ Ort um frauen- und geschlechtergeschichtliche Perspektiven zu erweitern. Da Geschichte stets etwas mit Deutungsmacht zu tun hat – die Auseinandersetzungen um Frauengeschichte in der akademischen Welt zeigen dies deutlich – aber auch die Auslassungen bestimmter Themen zum Beispiel rund um den Nationalsozialismus, die Zwangsarbeit oder den Umgang mit Flüchtlingen und Vertriebenen in der Heimatgeschichtsschreibung, mischen sich die Partner_innen von Frauenorten konkret vor Ort ein, initiieren geschichtskulturelles Engagement, bringen Leute ins Gespräch, mobilisieren Diskussionen und Auseinandersetzungen – Geschichtskultur ist hier ein politischer, performativer Prozess. Da Geschichtskultur heute als ein so

¹ Lachauer, Ulla, S. 253.in. Die Menschen machen ihre Geschichte.

genanntes Querschnittsthema im Verbund mit Denkmalpflege, Wirtschaftsförderung und Tourismus bearbeitet wird, ist es eminent politisch, sich frauengeschichtlich, d.h. frauenpolitisch mit Gestaltungshoheit dort einzuschreiben. Wenn das Münsterland sich z.B. in einer Kampagne als der Ort für „Gutes Leben“ exponiert, dann sollte wohl danach gefragt werden dürfen oder gar müssen, wer das „Gute Leben“ wie sicherstellte, unsichtbar, un- oder schlecht bezahlt und von Altersarmut bedroht und wer sich wann dafür wie einsetzte, dass sich die Lebensverhältnisse verbesserten.

Kritisch-historische Forschung gegen Heldinnengeschichte

Die Rekonstruktion von Frauenorten und Frauenpersönlichkeiten birgt einige Schwierigkeiten, von denen ich Ihnen aus eigener Erfahrung berichten möchte. Gerade wenn es um Zeiten wie der späten Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus oder um die frühe Nachkriegsgeschichte geht, ist ein historisch-kritisches und ein offenes, diskursives Vorgehen bei der Erarbeitung möglicher Frauenorte angeraten. Es gab in Dortmund seitens der Landesregierung unter Frau Ministerin Scharrenbach die Anregung, ein Denkmal für Helene Wessel zu initiieren, die als eine der vier Frauen im Parlamentarischen Rat dem Artikel 3. Absatz 2 zustimmen konnte – weil sie den Schutz von Ehe und Familie in Artikel 6 und 13 als ausreichend gesichert sah. Als einer der vier so genannten „Mütter des Grundgesetzes“ sollte ihr in ihrer Heimatstadt – der Geburtsort Hörde war 1928 nach Dortmund eingemeindet worden – Ehre zuteilwerden. Doch das Denkmalprojekt scheiterte, weil eugenische Positionen der Zentrumsministerin bekannt wurden. Die ausgebildete Fürsorgerin hatte dies auch in der Bundesrepublik mitsamt einer Forderungen nach einem (nie erlassenen) „Bewahrungsgesetz“ zur Zwangsverwahrung von als „asozial“ angesehenen Menschen vertreten. Eugenische Positionen waren in der Weimarer

Republik in allen politischen Lagern zwischen Rechts und Links vertreten, doch mit ihren Positionen spielte Helene Wessel der nationalsozialistischen Politik von Erbgesundheit zu. Als gläubige Katholikin, Mitglied der Zentrumpartei und Akteurin der katholischen Frauenbewegung sah sie sich im Nationalsozialismus Repressalien ausgesetzt, sie war Mitglied des Parlamentarischen Rates und baute an den Grundlagen heutiger Gleichstellungspolitik mit, sie war die erste Vorsitzende einer Partei und mobilisierte Frauen zur politischen Artikulation. Sie engagierte sich gegen die Wiederbewaffnung, für eine blockfreie Bundesrepublik und leistete sich mit Konrad Adenauer große Rededuelle. Sie lebte mit einer Frau zusammen. Doch sie vertrat eugenische Positionen einer „Erbgesundheit“, die heute als „menschenverachtend“ gewertet werden. Auch ihre Haltung zu unehelichen Kindern sind heute nicht mehr tragbar. Wie gehen wir mit dieser Biografie um? Müssen wir sie im Horizont ihrer Zeit sehen? Müssen wir die Biografie diskursiv anlegen, wie dies auf der Seite zur Geschichte des Landtags unter ihrer Biografie zu lesen ist? Warum haben – und da schließe ich mich ein – ihr berufliches Engagement als Fürsorgerin in der Weimarer Republik und als Sozialökonomin vor dem Hintergrund der aufregenden Geschichte in der frühen Bundesrepublik nicht so interessiert? Wovon wurde die selektive Rezeption geleitet? Die Stadt Dortmund hat das Denkmalprojekt zunächst einmal gestoppt.

Ein weiteres Beispiel ist die Biografie der Gewerkschaftlerin Irmgard Kroymann. Anne Piorr arbeitete in einem Aufsatz heraus, dass Irmgard Kroymann nicht Opfer des Nationalsozialismus war, wie sie später kundtat, sondern Täterin als KZ-Aufseherin. Der Aufsatz wurde in dem neuen Buch von Götz „Unser Nationalsozialismus“ publiziert und besonders hervorgehoben. Die Erkenntnisse wurden von den Funke-Medien unter dem Titel „Die Lebenslüge der Irmgard Kroymann“ skandalisiert. Ich selber hatte vor mehr als 10 Jahren einen Beitrag zu Kroymann auf

frauenruhrgeschichte publiziert und musste mich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, nicht korrekt geforscht und einer Hochstaplerin aufgesessen zu sein. Neue Fragestellungen, Überlieferungen, Forschungskontexte führen immer zu weitergehenden Erkenntnissen und zu einer Überschreibung bestehender Texte, dies gehört zum Rüstzeug der Geschichtswissenschaft. Für die Frauenorte NRW zeigt dies, dass vor allem, wenn es um Aspekte des Nationalsozialismus und seines Vor- und Nachlebens geht, besondere Sorgfalt und Überprüfung gefordert ist – dies gilt für die Rekonstruktion aller Frauenorte. Doch Fragen zum Nationalsozialismus, mit dem Geschichtspolitik betrieben wird, fordern hier noch einmal eine eigene Forschungsanstrengung. Zudem darf es nicht dazu führen, dass wir uns „Heldinnen“ erschreiben und sie in Raum und Zeit des Landes einschreiben.